

---

**Regierungsratsbeschluss über die Anpassung von regierungsrätlichen Verordnungen infolge der Departementsreform**

---

(Änderung vom 17. Juni 2008)

*Der Regierungsrat des Kantons Schwyz,*

gestützt auf § 29 der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung vom 27. November 1986,<sup>1</sup>

*beschliesst:*

**I.**

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Verordnung zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz vom 19. Dezember 1989<sup>2</sup>

In § 11 Abs. 1 wird die Bezeichnung „Amt für Wirtschaft“ durch „Amt für Arbeit“ ersetzt.

2. Verordnung über die Ausstellung von Ausweisschriften vom 2. November 1959<sup>3</sup>

*§ 15*

*Das Amt für Migration ist die einzige ausstellende Behörde für die Ausweise im Kanton Schwyz.*

3. Regierungsratsbeschluss über den Amtseinweis und die Vereidigung von Bezirks- und Gemeindebehörden vom 6. Mai 1974<sup>4</sup>

*§ 1*

*Die Bezirksammänner werden vom Vorsteher des Sicherheitsdepartements, die Gemeindepräsidenten und Notare vom Bezirksammann in das Amt eingewiesen und vereidigt.*

4. Reglement über die Prüfung und die Wahl der Land- und Gemeindeschreiber vom 21. Oktober 1997<sup>5</sup>

In §§ 3 Abs. 2 und 3, 4 Abs. 1 und 2, 6 Abs. 1 und 2, 7 sowie 15 Abs. 2 wird die Bezeichnung „Justizdepartement“ durch „Sicherheitsdepartement“ ersetzt.

5. Verordnung über die Ersterfassung und Führung des Grundbuchs mittels Informatik (Ik-GBV) vom 14. März 2006<sup>6</sup>

*§ 10 Abs. 4*

*<sup>4</sup> Zugriffsgesuche sind an die Geschäftsstelle Informatikgrundbuch zu richten, welche sie an die zuständigen Grundbuchämter weiterleitet.*

*§ 14 Abs. 3*

*<sup>3</sup> Das Sicherheitsdepartement legt dem Regierungsrat nach Anhörung der Bezirke einen Kostenverteilungsschlüssel zum Entscheid vor.*

6. Verordnung über die Leistungen und die Abgeltung der Nachführungsgeometer (VLAN) vom 17. August 1999<sup>7</sup>

In §§ 10a, 12 Abs. 1, 3 und 4 sowie § 16 Abs. 3 wird die Bezeichnung „Dienststelle Vermessung und Geoinformation“ durch „Amt für Vermessung und Geoinformation“ ersetzt.

7. Verordnung über die Benützung von Daten der amtlichen Vermessung (VBDAV) vom 17. August 1999<sup>8</sup>

In §§ 3 Abs. 4 und 30 Abs. 2 wird die Bezeichnung „Baudepartement“ durch „Umweltdepartement“ ersetzt.

In §§ 3 Abs. 4 und 5, 4 Abs. 3, 10 Abs. 4, 11 Abs. 1 bis 3, 15a Abs. 1, 24b Abs. 1, 25 Abs. 2, 29 Bst. a und e, 29a (Randtitel und Einleitungssatz) sowie Fussnote 11 wird die Bezeichnung „Dienststelle Vermessung und Geoinformation“ durch „Amt für Vermessung und Geoinformation“ ersetzt.

8. Verordnung über das Strafregister vom 14. August 2001<sup>9</sup>

Im *Ingress* wird „Art. 359ff.“ durch „Art. 365ff.“ ersetzt.

*§ 1 Abs. 1*

*<sup>1</sup> Die Kantonspolizei führt die Koordinationsstelle im Sinne von Art. 367 StGB für das automatisierte Strafregister.*

*§ 2 Bst. a*

*(Die Koordinationsstelle)*

*a) erfüllt die ihr nach Art. 14 Abs. 1 der VOSTRA-Verordnung obliegenden Aufgaben;*

*§ 3*

*Über die Löschung von Urteilen ausländischer Gerichte, welche Personen mit schwyzerischem Heimatort betreffen, entscheidet das Sicherheitsdepartement.*

9. Haft-, Straf- und Massnahmenvollzugsverordnung (HSMV) vom 19. Dezember 2006<sup>10</sup>

*§ 2*

<sup>1</sup> *Das Amt für Justizvollzug führt und beaufsichtigt den Strafvollzug, den Bewährungsdienst und das Kantonsgefängnis.*

<sup>2</sup> *Zur Durchsetzung und Erfüllung der Vollzugaufträge können im Rahmen der Amtshilfe die Polizeiorgane zugezogen oder Private (Arztdienste, Seelsorge usw.) unter Vertrag genommen und eingesetzt werden.*

<sup>3</sup> *Die Amtsleitung erlässt die notwendigen organisatorischen und betrieblichen Weisungen und führt Inspektionen durch.*

*Abs. 4 wird aufgehoben.*

*§ 4 Abs. 1*

<sup>1</sup> *Die Amtsleitung führt das Kantonsgefängnis nach den Vollzugsgrundsätzen von Art. 74 ff. StGB, den Spezialgesetzen und dieser Verordnung.*

*§ 5 Bst. d und e*

*(Die Aufnahme ins Kantonsgefängnis erfolgt auf Grund folgender Anordnungen einweisender Behörden:)*

*d) Strafvollzugauftrag des Amtes für Justizvollzug oder eines Bezirksamtes;*

*e) Strafvollzugauftrag des Amtes für Justizvollzug gemäss MStG oder Verfügung der zuständigen militärischen Behörde;*

*§ 14 Abs. 1*

<sup>1</sup> *Verfügt die einweisende Behörde nichts anderes, dürfen die Inhaftierten nach Ablauf einer Woche seit Eintritt wöchentlich einen Besuch empfangen. Besprechungen mit dem Rechtsbeistand, Seelsorger, Arzt, Bewährungsdienst oder Sozialdienst gelten nicht als Besuche.*

*§ 20 Abs. 1 Bst. b*

*(<sup>1</sup> Zuständig für die Verhängung von Disziplinarsanktionen gegen Inhaftierte ist:)*  
*b) die Leitung des Amtes für Justizvollzug, so weit sich Disziplinarverstösse gegen die Gefängnisleitung richten.*

*§ 25 Abs. 1*

<sup>1</sup> *Gerichte und Strafbehörden des Kantons und der Bezirke stellen je nach Zuständigkeit dem Amt für Justizvollzug oder den Bezirksamtern ihre rechtskräftigen Entscheide umgehend zu.*

*§ 34 Abs. 1*

<sup>1</sup> Lautet das Urteil oder die Anordnung auf gemeinnützige Arbeit, erteilt das Amt für Justizvollzug oder das zuständige Bezirksamt dem Bewährungsdienst den entsprechenden Vollzugauftrag. Dieser setzt der verurteilten Person eine Frist, innert der sie sich zu melden hat.

§ 36 Abs. 3

<sup>3</sup> Der Bewährungsdienst überwacht die Ausführung der gemeinnützigen Arbeit. Er kann am Arbeitsplatz Kontrollen durchführen.

§ 39 Abs. 2

<sup>2</sup> Der Bewährungsdienst entscheidet über das weitere Vorgehen. Er kann die verurteilte Person insbesondere formell verwarnen, Wiederaufnahme der Arbeit bei der gleichen Institution, Wechsel des Arbeitsplatzes oder den Abbruch der gemeinnützigen Arbeit verfügen.

In §§ 4 Abs. 2 und 3, 27 Abs. 1, 28 sowie 29 Abs. 2 wird die Bezeichnung „Justizdepartement“ durch „Sicherheitsdepartement“ ersetzt.

In §§ 25 Abs. 3, 34 Abs. 2 und 4, 36 Abs. 1 und 2, 39 Abs. 1, 40 Abs. 1, 41, 46 Abs. 1, 47, 48 Abs. 2, 49, 50, 52 sowie 53 wird die Bezeichnung „Dienststelle Bewährungshilfe“ bzw. „Dienststelle“ durch „Bewährungsdienst“ ersetzt.

In §§ 24 Abs. 1 und 2, 25 Abs. 3, 26 Abs. 1, 2 und 4, 29 Abs. 2, 30 Abs. 2, 32 Abs. 2 und 3, 33, 34 Abs. 1, 40 Abs. 2, 42 Abs. 1 sowie 43 Abs. 2 wird die Bezeichnung „Dienststelle Strafvollzug“ durch „Amt für Justizvollzug“ ersetzt.

10. Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Landwirtschaft (LG-VV) vom 26. Oktober 2004<sup>11</sup>

§ 5 Abs. 2

wird aufgehoben.

§ 34 Bst. f (neu)

Amt für Landwirtschaft

Das Amt für Landwirtschaft:

f) schätzt den Nutzwert des Inventars (Art. 87 Abs. 1 bis BGGB).

§ 36

wird aufgehoben.

§ 40 Volkswirtschaftsdepartement

Das Volkswirtschaftsdepartement ist zur Einsprache gegen die Zupacht (Art. 33 des Bundesgesetzes über die landwirtschaftliche Pacht [LPG]<sup>12</sup>) sowie den Pachtzins für Grundstücke (Art. 43 LPG) berechtigt.

In §§ 4 Abs. 1, 8 Abs. 3, 9 Abs. 2, 10 (Randtitel und einziger Absatz), 14 (Randtitel und einziger Absatz), 18 (Randtitel und einziger Absatz), 22 (Randti-

*tel und einziger Absatz) sowie 37 wird die Bezeichnung „Landwirtschaftsamt“ durch „Amt für Landwirtschaft“ ersetzt.*

*In §§ 20 (Randtitel und Abs. 1) sowie § 41 (Randtitel und Einleitungssatz) wird die Bezeichnung „Amt für landwirtschaftliche Bildung und Beratung“ durch „Amt für Landwirtschaft“ ersetzt.*

*In §§ 26 Abs. 2 sowie 28 (Randtitel und einziger Absatz) wird die Bezeichnung „Meliorationsamt“ durch „Amt für Landwirtschaft“ ersetzt.*

11. Verordnung zur Kantonalen Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung von Tierseuchen vom 5. Februar 1992<sup>13</sup>

*§ 1*

*Das für den Vollzug zuständige Departement ist das Departement des Innern.*

12. Vollziehungsverordnung zum Konkordat über die Ausübung des Viehhandels vom 13. März 1944<sup>14</sup>

*In §§ 3 Abs. 1, 4 Abs. 1 und 2, 5, 6 Abs. 1, 7 sowie 10 Abs. 1 und 2 wird die Bezeichnung „Volkswirtschaftsdepartement“ durch „Departement des Innern“ ersetzt.*

13. Verordnung über den Weinbau vom 19. September 2001<sup>15</sup>

*§ 1 Abs. 2*

*<sup>2</sup> Es ist insbesondere zuständig:  
(Bst. a – h bleiben unverändert)*

*§ 2 Volkswirtschaftsdepartement*

*Das Volkswirtschaftsdepartement übt die Aufsicht über den Weinbau aus.*

*In §§ 1 (Randtitel und Abs. 1), 4 Abs. 1 und 2 sowie 6 Abs. 1 und 2 wird die Bezeichnung „Zentralstelle für Obst- und Weinbau“ bzw. „Zentralstelle“ durch „Amt für Landwirtschaft“ ersetzt.*

14. Vollzugsverordnung zur Kantonalen Verordnung zum Bundesgesetz über den Wald vom 18. Dezember 2001<sup>16</sup>

*In §§ 1 (Randtitel und einziger Absatz), 5 (Randtitel, Abs. 1 und 3), 8 Abs. 3 und 4, 9 Abs. 2 sowie 13 wird die Bezeichnung „Kantonsforstamt“ durch „Amt für Wald und Naturgefahren“ ersetzt.*

*In §§ 4 (Randtitel und Abs. 1) sowie 13 wird die Bezeichnung „Volkswirtschaftsdepartement“ durch „Umweltdepartement“ ersetzt.*

15. Kantonale Vollzugsverordnung zum Messgesetz vom 12. Dezember 2006<sup>17</sup>

*§ 1 Abs. 2*

<sup>2</sup> *Das Amt für Arbeit führt das kantonale Eichamt. Das Eichamt besteht aus einem oder mehreren Eichmeistern und dem erforderlichen Hilfspersonal.*

In §§ 3 Abs. 1, 4 Abs. 2, 6 sowie 7 Abs. 2 wird die Bezeichnung „Militär- und Polizeidepartement“ durch „Volkswirtschaftsdepartement“ ersetzt.

16. Kantonale Vollzugsverordnung zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz vom 28. April 1992<sup>18</sup>

*§ 3 Abs. 1*

<sup>1</sup> *Das Amt für Arbeit (Amt) ist die zuständige kantonale Behörde im Sinne des ArG und UVG.*

17. Kantonale Vollzugsverordnung zum Entsendegesetz und zum Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit vom 28. August 2007<sup>19</sup>

In § 3 (Randtitel und Abs. 1) sowie 4 Abs. 1 wird die Bezeichnung „Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit“ durch „Amt für Arbeit“ ersetzt.

18. Vollzugsverordnung zur Verordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und zum Bundesgesetz über die Arbeitslosenversicherung vom 25. November 1997<sup>20</sup>

*§ 1*

*Das Amt für Arbeit führt zwei regionale Arbeitsvermittlungszentren.*

*§ 3*

*Das Amt für Arbeit schliesst mit den privaten Stellenvermittlern einen Vertrag über die Zusammenarbeit im Sinne von Art. 119c Abs. 2 AVIV.*

*§ 3a*

*wird aufgehoben.*

19. Vollzugsverordnung zum Wasserrechtsgesetz vom 13. September 1976<sup>21</sup>

*§ 13c Abs. 2*

<sup>2</sup> *Es führt die Verhandlungen mit dem Bund durch.*

*§ 14 Abs. 1*

<sup>1</sup> *Wer Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes oder dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird, soweit nicht andere Strafbestimmungen anwendbar sind, mit Busse bestraft.*

In §§ 1 sowie 5 Abs. 2 wird die Bezeichnung „Baudepartement“ durch „Umweltdepartement“ ersetzt.

In §§ 4 Abs. 2, 13a Abs. 4, 13b, 13c (Randtitel und Abs. 1), 13d Abs. 1, 2 und 4 sowie 13f Abs. 1 wird die Bezeichnung „Dienststelle Wasserbau“ durch „Amt für Wasserbau“ ersetzt.

20. Vollzugsverordnung zum Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz vom 29. November 2005<sup>22</sup>

§ 4

*Dem Sicherheitsdepartement obliegt die Aufsicht über den Vollzug der Bundesgesetzgebung über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz, dem Bildungsdepartement diejenige über den Vollzug der Gesetzgebung über den Kulturgüterschutz und dem Departement des Innern diejenige über den sanitätsdienstlichen Bereich.*

21. Vollzugsverordnung zur Verordnung über die Schadenwehr vom 7. Februar 1995<sup>23</sup>

In §§ 5 Abs. 3, 8 Abs. 3, 19 Abs. 1 sowie 23 wird die Bezeichnung „Militär- und Polizeidepartement“ durch „Sicherheitsdepartement“ ersetzt.

In §§ 3, 4 Abs. 1 und 2, 18 Abs. 1 und 2, 20 Abs. 1, 21 Abs. 2 sowie 24 wird die Bezeichnung „Amt für Feuer- und Zivilschutz“ durch „Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz“ ersetzt.

22. Kantonale Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über explosionsgefährliche Stoffe vom 9. Dezember 1981<sup>24</sup>

§ 1 Sicherheitsdepartement  
*Das Sicherheitsdepartement ist zuständig für:  
(Bst. a – c bleiben unverändert)*

23. Vollzugsverordnung zur Verordnung über die Volksschule (VVzVSV) vom 14. Juni 2006<sup>25</sup>

§ 1 Abs. 3

<sup>3</sup> *Werden die Richtzahlen während mehr als einem Jahr überschritten oder um mehr als 50 % unterschritten, so ist beim Bildungsdepartement eine Genehmigung zur Führung dieser Klassen einzuholen.*

24. Vollzugsverordnung zur Personal- und Besoldungsverordnung für die Lehrpersonen an der Volksschule vom 10. Dezember 2002<sup>26</sup>

§ 17 Abs. 2

<sup>2</sup> Ein Vertragsexemplar ist dem Bildungsdepartement einzureichen. Werden die Personal- und Besoldungsvorschriften nicht eingehalten, können die Beitragsleistungen gekürzt oder verweigert werden.

25. Vollzugsverordnung zur Verordnung über die Berufsbildung, Berufsberatung und Weiterbildung vom 31. Oktober 2006<sup>27</sup>

In §§ 1 sowie 19 Abs. 1 Bst. a wird die Bezeichnung „Erziehungsdepartement“ durch „Bildungsdepartement“ ersetzt.

26. Reglement über die Berufsmaturität im Kanton Schwyz vom 12. Dezember 2000<sup>28</sup>

In §§ 5 (Randtitel und Einleitungssatz), 6 Abs. 3, 7a Abs. 3, 12 Abs. 1 und 2, 14 sowie 18 Abs. 2 wird die Bezeichnung „Erziehungsdepartement“ durch „Bildungsdepartement“ ersetzt.

27. Regierungsratsbeschluss über den Vollzug der Gesetzgebung über die Mittelschulen (Mittelschulstatut) vom 1. Oktober 1973<sup>29</sup>

§ 17  
wird aufgehoben.

In § 12 Abs. 1 wird die Bezeichnung „Erziehungsdepartement“ durch „Bildungsdepartement“ ersetzt.

28. Reglement über den Fonds zur Förderung der Kultur vom 25. Juni 1996<sup>30</sup>

§ 10 Abs. 3  
<sup>3</sup> Die Geschäftsstelle und der Vertreter des Amtes für Kultur haben beratende Stimme.

In §§ 9 (Randtitel, Abs. 1 und 2) sowie § 10 Abs. 2 wird die Bezeichnung „Erziehungsdepartement“ durch „Bildungsdepartement“ ersetzt.

29. Vollzugsverordnung zur Kantonalen Verordnung zum Umweltschutzgesetz (USG-VV) vom 3. Juli 2001<sup>31</sup>

§ 3 Abs. 1 3. Umweltdepartement  
<sup>1</sup> Das Umweltdepartement ist zuständig für die Koordination des Vollzugs in den zuständigen Departementen und Amtsstellen, insbesondere:  
(Bst. a – p bleiben unverändert)

§ 12 Abs. 4 (neu), 5 (neu) und 6 (neu)  
<sup>4</sup> Das Amt für Umweltschutz überwacht die Schadstoffbelastung der Luft, indem es  
a) für den Aufbau und Betrieb eines Immissionsmessnetzes besorgt ist;



- b) *Immissionsüberwachungen nach Art. 29 LRV verlangt;*
- c) *die Resultate der ermittelten Immissionen (Art. 27 bis 29 LRV) publiziert und im Sinne von Art. 30 LRV beurteilt;*
- d) *einen Emissionskataster erarbeitet (Art. 32 Abs. 1 LRV).*

<sup>5</sup> *Im Falle von übermässigen Immissionen arbeitet das Amt für Umweltschutz den Massnahmenplan aus (Art. 32 Abs. 1 LRV).*

<sup>6</sup> *Es unterstützt den Bund beim Vollzug der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen. Es kann andere Amtsstellen oder Dritte mit der Unterstützung des Vollzugs beauftragen.*

#### *§ 15*

*wird aufgehoben.*

#### *§ 18 Abs. 1*

<sup>1</sup> *Feuerungskontrollen dürfen nur von Personen mit einer Ausbildung und Ausrüstung gemäss Vorgaben des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) vorgenommen werden.*

#### *§ 29a (neu) c) Weitere Aufgaben*

<sup>1</sup> *Das Amt für Umweltschutz sammelt die von Behörden und Amtsstellen getroffenen Erhebungen über die Lärmbelastung und ergänzt diese soweit erforderlich. Es informiert das BAFU über den Stand der Sanierungen und Schallschutzmassnahmen gemäss Art. 20 LSV.*

<sup>2</sup> *Es stimmt der Erteilung von Baubewilligungen in lärmbelasteten Gebieten im Sinne von Art. 31 Abs. 2 LSV zu.*

<sup>3</sup> *Bevor Vollzugsbehörden Erleichterungen nach Art. 4 Abs. 3, 7 Abs. 2, 14 und 32 Abs. 3 LSV gewähren, hören sie das Amt für Umweltschutz an.*

#### *§ 29b (neu) d) Raumplanung*

*Das Amt für Umweltschutz beurteilt zuhanden der zuständigen Behörde:*

- a) *die Zuweisung der Empfindlichkeitsstufen in den kantonalen und kommunalen Nutzungsplänen sowie im Einzelfall (Art. 44 LSV);*
- b) *die Einhaltung der Vorschriften der Lärmschutz-Verordnung bei kantonalen Nutzungsplänen für Hauptstrassen;*
- c) *die ausnahmsweise Erschliessung für kleine Teile von Bauzonen im Sinne von Art. 30 letzter Satz LSV.*

#### *§ 33 und 34*

*werden aufgehoben.*

#### *§ 54 Abs. 1 1. Sicherheitsdepartement*

<sup>1</sup> *Das Sicherheitsdepartement übt die Aufsicht über den Vollzug der Störfallverordnung aus.*

#### *§ 55 Abs. 1 2. Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz*

<sup>1</sup> *Soweit nach dieser Verordnung nicht eine andere Behörde zuständig ist, vollzieht das Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz die Störfallverordnung.*

In §§ 12 (Randtitel, Abs. 1 und Abs. 3), 28 (Randtitel und Abs. 1) sowie § 29 wird die Bezeichnung „Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA)“ bzw. „KIGA“ durch „Amt für Umweltschutz“ ersetzt.

In §§ 13 (Randtitel und Abs. 1), 30 (Randtitel und einziger Absatz), 67 (Randtitel sowie Abs. 1) sowie 68 Abs. 1 und 3 wird die Bezeichnung „Landwirtschaftsamt“ durch „Amt für Landwirtschaft“ ersetzt.

In §§ 31 Abs. 3 Bst. a, 43 Bst. f, 53 (Randtitel und Abs. 2) sowie 73 Abs. 1 wird die Bezeichnung „BUWAL“ durch „BAFU“ ersetzt.

30. Vollzugsverordnung zur Kantonalen Verordnung zum Gewässerschutzgesetz (GSchG-VV) vom 3. Juli 2001<sup>32</sup>

*§ 3 Abs. 1, Abs. 2-5 (neu) 2. Umweltdepartement*

<sup>1</sup> *Das Umweltdepartement ist zuständig für:*

*(Bst. a – e bleiben unverändert)*

<sup>2</sup> *Es ist zuständig für die Sicherung angemessener Restwassermengen (Art. 29 ff. GSchG), soweit dafür nicht der Kantons- oder Regierungsrat zuständig ist.*

<sup>3</sup> *Es legt die Restwassermenge im Bewilligungs- oder Sanierungsverfahren sowie im Konzessionsverfahren der Bezirke fest (§ 30 Abs. 3 KVzGSchG).*

<sup>4</sup> *Es prüft entsprechende Massnahmen für Anlagen, bei denen kein Konzessionsverfahren notwendig ist (z.B. ehehafte Rechte).*

<sup>5</sup> *Es ist zuständig für den Vollzug der Verordnung über die Trinkwasserversorgung in Notlagen (VTN) mit Ausnahme von Art. 8 VTN.*

*§ 5*

*wird aufgehoben.*

*§ 6 4. Amt für Wasserbau*

*Das Amt für Wasserbau*

*(Bst. a – g bleiben unverändert)*

*§ 7 Abs. 1, Abs. 2 (neu) 5. Amt für Landwirtschaft*

<sup>1</sup> *Das Amt für Landwirtschaft*

*(Bst. a – j bleiben unverändert)*

<sup>2</sup> *Es ist zuständig für die Beratung sowie die Aus- und Weiterbildung im Bereich der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung (Art. 27 und 51 GSchG).*

*§§ 8 und 9*

*werden aufgehoben.*

In §§ 11 Abs. 2, 12 Abs. 2 und 3, 20 Abs. 3 Bst. b sowie 21 Abs. 2 wird die Bezeichnung „Departement des Innern“ durch „Umweltdepartement“ ersetzt.

31. Verordnung über Abgeltungen und Bewirtschaftungsbeiträge vom 9. Dezember 1992<sup>33</sup>

*§ 14*

*Für den Vollzug dieser Verordnung wird das Umweltdepartement als zuständig erklärt.*

32. Verordnung zum Schutze des Frauenwinkels vom 5. Mai 1980<sup>34</sup>

*§ 14 Abs. 3*

*<sup>3</sup> Einigen sich die betroffenen Grundeigentümer nicht über deren Verlegung oder Ersatz, legt das Umweltdepartement die notwendigen Rechte mittels Verfügung fest.*

33. Kantonale Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über den Tierschutz vom 5. August 1997<sup>35</sup>

*§ 2 Abs. 1 Departement des Innern*

*<sup>1</sup> Das Departement des Innern übt die Aufsicht über den Vollzug der Tierschutzgesetzgebung aus.*

34. Verordnung über den Bau und Betrieb von Luftseilbahnen vom 29. September 1934<sup>36</sup>

*§ 14 Aufsicht*

*Die Aufsicht für die Seilbahnen hat das Amt für öffentlichen Verkehr inne. Es kann nötigenfalls einen Fachmann für Luftseilbahnen beiziehen.*

35. Verordnung über den Einsatz sowie das Stationieren und Anlegen von Schiffen vom 10. Dezember 1979<sup>37</sup>

In *§§ 13 und 15* wird die Bezeichnung „Polizeidepartement“ durch „Baudepartement“ ersetzt.

**II.**

<sup>1</sup> Dieser Beschluss tritt am 1. Juli 2008 in Kraft.

<sup>2</sup> Er wird im Amtsblatt veröffentlicht.

<sup>1</sup> SRSZ 143.110.

<sup>2</sup> SRSZ 111.211; GS 18-70.

<sup>3</sup> SRSZ 113.111; GS 14-279.

<sup>4</sup> SRSZ 150.211; GS 16-414.

<sup>5</sup> SRSZ 152.113; GS 19-223.

<sup>6</sup> SRSZ 213.401; GS 21-62.

- <sup>7</sup> SRSZ 214.111; GS 19-406.
- <sup>8</sup> SRSZ 214.112; GS 19-415.
- <sup>9</sup> SRSZ 220.211; GS 20-122.
- <sup>10</sup> SRSZ 250.311; GS 21-106.
- <sup>11</sup> SRSZ 312.111; GS 20-593.
- <sup>12</sup> SR 221.213.2.
- <sup>13</sup> SRSZ 312.421; GS 18-212.
- <sup>14</sup> SRSZ 312.611; GS 12-358.
- <sup>15</sup> SRSZ 312.711; GS 20-161.
- <sup>16</sup> SRSZ 313.111; GS 20-181.
- <sup>17</sup> SRSZ 330.211; GS 21-103.
- <sup>18</sup> SRSZ 351.111; GS 18-223.
- <sup>19</sup> SRSZ 351.411; GS 21-141.
- <sup>20</sup> SRSZ 364.111; GS 19-239.
- <sup>21</sup> SRSZ 451.111; GS 16-799.
- <sup>22</sup> SRSZ 512.111; GS 21-45.
- <sup>23</sup> SRSZ 530.111; GS 19-30.
- <sup>24</sup> SRSZ 541.320; GS 17-326.
- <sup>25</sup> SRSZ 611.211; GS 21-69.
- <sup>26</sup> SRSZ 612.111; GS 20-327.
- <sup>27</sup> SRSZ 622.111; GS 21-93.
- <sup>28</sup> SRSZ 622.211; GS 19-634.
- <sup>29</sup> SRSZ 623.111; GS 16-339.
- <sup>30</sup> SRSZ 671.111; GS 19-143.
- <sup>31</sup> SRSZ 711.111; GS 20-137.
- <sup>32</sup> SRSZ 712.111; GS 20-124.
- <sup>33</sup> SRSZ 721.111; GS 18-294.
- <sup>34</sup> SRSZ 722.111; GS 17-224.
- <sup>35</sup> SRSZ 740.111; GS 19-206.
- <sup>36</sup> SRSZ 783.211; GS 11-268.
- <sup>37</sup> SRSZ 784.311; GS 17-199.